

Mietpreisbremse bis 2029 verlängert: Mieter kämpfen um ihren Schutz!

Die Bundesregierung verlängert die Mietpreisbremse bis 2029, um Mieter zu schützen und steigende Mieten einzudämmen.



Deutschland - Die neue Bundesregierung hat ein Gesetz zur Verlängerung der Mietpreisbremse bis Ende 2029 beschlossen. Dies wurde am Mittwoch im Kabinett bestätigt und stellt einen wichtigen Schritt dar, um Mieter in Deutschland zu schützen. Der ursprüngliche Gesetzestext sah vor, dass die Mietpreisbremse bereits Ende 2025 ausgelaufen wäre. Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) hebt die Dringlichkeit dieses Maßnahmenpakets hervor, um den hohen Mieten entgegenzuwirken, die insbesondere in Großstädten teils drastisch gestiegen sind. Laut Hubig ist der Gesetzentwurf ein erster Schritt, der jedoch weitere Verschärfungen benötigt, um den Mieterschutz zu verbessern.

Die Mietpreisbremse, die seit ihrer Einführung im Jahr 2015 gilt, regelt, dass die Mieten bei Neuvermietungen höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen dürfen. Diese Vergleichsmiete wird laut [bmj.de](https://www.bmj.de) sowie den Erfahrungswerten des Mietspiegels ermittelt. Ausnahmen gelten für Wohnungen, die nach dem 1. Oktober 2014 erstgenutzt wurden, umfassend saniert oder möbliert sind. Kritiker, darunter der Mieterbund, betonen, dass diese Ausnahmen den effektiven Schutz der Mieter stark einschränken.

Kritik an der Regelung

Obwohl die Verlängerung der Mietpreisbremse als Fortschritt angesehen wird, übt der Mieterbund scharfe Kritik an der Regierung. Er fordert die Streichung der bestehenden Ausnahmen und anhaltende Bemühungen um weitere Maßnahmen. Der Eigentümerverband Haus & Grund hingegen sieht die Mietpreisbremse als hinderlich für den Wohnungsbau und spricht sich für mehr Bauland, schnellere Genehmigungen und eine Entbürokratisierung aus. Diese Maßnahmen sind notwendig, um den anhaltend hohen Mietpreise zu begegnen.

Die Bundesregierung hat die Neuregelung ermöglicht, dass Landesregierungen nun spezifische Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt ausweisen können. Despite these measures, there is significant concern regarding whether the Mietpreisbremse den Preisanstieg in den Städten ausreichend verlangsamen kann. Laut [t-online.de](https://www.t-online.de) argumentieren Kritiker, dass die Regelung den Mietanstieg nicht ausreichend verhindert hat. Laut dem Bundesjustizministerium hat die Regelung den Mietanstieg zwar „zumindest moderat verlangsamt“, jedoch profitieren vor allem Mieter mit niedrigem Einkommen von diesen Maßnahmen.

Die Diskussion über die Mietpreisbremse zeigt einmal mehr die komplizierte Situation des deutschen Wohnungsmarktes. Während die Mieten in vielen Städten ständig steigen, wird die Forderung nach einer unbefristeten Mietpreisbremse und

strengeren Regeln für Mieterhöhungen bestehender Verträge, insbesondere von den Grünen, immer lauter gehört. Ob und wie sich diese Forderungen in zukünftigen Gesetzen niederschlagen, bleibt abzuwarten.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.sueddeutsche.de• www.bmj.de• www.t-online.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net